

Zimmermann, Klaus F.

Article

Aufschlag Obama: fünf Punkte, die er in der Wirtschaftspolitik anpacken muss: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2008) : Aufschlag Obama: fünf Punkte, die er in der Wirtschaftspolitik anpacken muss: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 46, pp. 734-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151702>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Schüssler 2008

Aufschlag Obama: Fünf Punkte, die er in der Wirtschaftspolitik anpacken muss

von Klaus F. Zimmermann*

Die wirtschaftspolitischen Erwartungen an den neuen amerikanischen Präsidenten sind riesengroß. Bereits an diesem Wochenende wird er sich beim Finanzgipfel beweisen müssen.

Die folgenden fünf Punkte werden im Mittelpunkt seiner Wirtschaftspolitik stehen:

1. Obama hatte sich im Wahlkampf zu einer Stärkung der transatlantischen Beziehungen insbesondere auch zu Deutschland bekannt. Die Finanzkrise erfordert zuallererst kooperatives Führungsverhalten. Auf die Amtseinführung des Präsidenten Ende Januar 2009 kann nicht gewartet werden. Mehr Regulierung in einer neuen internationalen Finanzarchitektur steht an, aber die von den Franzosen gewünschte Aufwertung des Internationalen Währungsfonds zum Weltoberaufscher werden die Amerikaner zu Recht verhindern. Der Preis wird mehr Hilfe im Irak und in Afghanistan sein.

2. Bei der Finanzkrise ist die Bringschuld der Vereinigten Staaten hoch, sind hier doch mit einem dreifachen Staatsversagen die amerikanischen Versäumnisse klar: Die Niedrigzinspolitik der Notenbank, die die Häuserspekulationsblase erst ermöglichte, die Verweigerung einer frühzeitigen Regulierung der Finanzmärkte und der Verzicht auf Rettung der Lehman Brothers, einer systemisch extrem wichtigen Bank. Die Versuchung wird groß sein, als nationaler und globaler Wirtschaftslenker zu dilettieren – und langfristig zu versagen – anstatt sich baldmöglichst wieder zurückzuziehen.

3. Mehr noch als die Finanzkrise fürchten die Amerikaner die Rezession. Obama hat im Wahlkampf dazu bereits ein weiteres Konjunkturprogramm angekündigt. Die eigentliche Herausforderung Obamas wird aber darin bestehen, die Amerikaner angesichts wachsender Leistungsbilanzdefizite, steigender Schuldenberge beim Staat und den privaten Haushalten und einer Sparquote nahe Null zum Verzicht auf das „über die Verhältnisse leben“ zu bringen. Dies wird ihn unvermeidbar in einen Widerspruch zu seinem Anspruch bringen, größere Gleichheit zu erreichen.

4. Obama will ein nationales Gesundheitssystem, das allen Bürgern einen Zugang zu Versicherungsschutz gibt. Denn noch immer sind 45 Millionen Amerikaner ohne Krankenversicherung. So zentral und bedeutend dieser Vorstoß ist, so fraglich erscheint sein Erfolg. Die Kassen sind leer und bereits Hilary Clinton scheiterte vor Jahren am System.

5. Die Amerikaner sollen mehr für den Klimaschutz und für die Einsparung von Energie tun. Sie wollen darüber hinaus unabhängig von ausländischer Energieversorgung werden. Dafür wollen sie an den eigenen Küsten nach Öl bohren und neue Kernkraftwerke bauen. Obama möchte in erneuerbare und alternative Energieformen investieren und den Emissionshandel beim Klimaschutz forcieren. Ob das energiepolitische Unabhängigkeitsstreben für die Welt gut ist, kann man bezweifeln.

* Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Chairman of the Board von DIW DC, einem amerikanischen Thinktank in Washington DC.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.